

Presseinformation

19. Juni 2024

Angebote von Wohlfahrtsverbänden vielfach schon eingeschränkt oder ganz eingestellt

Gemeinsame Pressemeldung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zum Bundeshaushalt 2025.

Potsdam/Berlin. Vor dem Hintergrund drohender Kürzungen im Bundeshaushalt warnen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vor einer gefährlichen Abwärtsspirale, in der immer mehr Angebote der Sozialen Arbeit eingestellt werden müssten. Menschen in schwierigen Lebenssituationen und Notlagen zu helfen, wird für die Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege angesichts massiver Kostensteigerungen und sinkender Haushaltsmittel immer schwieriger. Die Spitzen von Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (AWO), Deutschem Caritasverband (DCV), dem Paritätischen Gesamtverband, Deutschem Roten Kreuz (DRK), der Diakonie Deutschland und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) fordern eine Trendwende bei der Finanzierung der Sozialen Arbeit. Sie sehen bei weiteren Kürzungen den sozialen Frieden in Deutschland gefährdet.

Die heute veröffentlichten Ergebnisse einer Umfrage des Paritätischen Gesamtverbandes zeichnen ein teilweise pessimistisches Stimmungsbild von der Zukunft der Sozialen Arbeit in Deutschland. Die Umfrage thematisiert die finanzielle Lage der Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege. Aus Brandenburg beteiligten sich 266 Einrichtungen an der Erhebung.

„Auch in Brandenburg ist für die Zukunft mit deutlichen Einschnitten zu rechnen. Der Haushalt 2025 wird nach der Landtagswahl verhandelt. Schon jetzt ist absehbar, dass nicht alle über das ‚Brandenburg-Paket‘ finanzierten Projekte und Beratungsleistungen fortgesetzt werden“, so Andreas Kaczynski, Vorstand des Paritätischen Brandenburg. „Immerhin sollen Angebote wie die Migrationssozial-

**Der Paritätische,
Landesverband Brandenburg e.V.**
Web: www.paritaet-brb.de
V.i.S.d.P. Vorstand:
Andreas Kaczynski

**Ihre Ansprechperson
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:**
Katja Wolf
Telefon: 0331 | 28 497 65
katja.wolf@paritaet-brb.de

arbeit oder die landesweiten Dolmetscherleistungen auch im kommenden Jahr finanziert werden. Dafür haben wir uns in den letzten Wochen massiv eingesetzt. Sie sind ein unverzichtbarer Beitrag zur Integration der geflüchteten Menschen.“

Dies sind die wichtigsten Umfrageergebnisse:

- Knapp zwei Drittel der Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege mussten aufgrund finanzieller Schwierigkeiten in den vergangenen beiden Jahren ihre Angebote einschränken oder ganz einstellen. 63,8 Prozent der Befragten gaben an, dass sie Angebote und Leistungen einschränken mussten. Bei 14,7 Prozent der Befragten führte dies sogar dazu, dass Angebote und Leistungen gänzlich eingestellt werden mussten.
- Mehr als drei Viertel der Befragten rechnen damit, ihre Angebote auch 2025 weiter zurückfahren zu müssen. 75,6 Prozent der Befragten erwarten, dass sie 2025 weitere Angebote und Leistungen zurückfahren müssen. Dabei gaben 22 Prozent an, dass Angebote und Leistungen ganz wegfallen könnten.
- Mehr als 70 Prozent der Einrichtungen und Organisation befürchten, dass sich die Reduzierung der Angebote negativ auf demokratisches Engagement vor Ort auswirken wird. Vielfach sind die Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege in ihren Quartieren, Städten und Regionen Ankerpunkte für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. 70,5 Prozent der Befragten sind sich sicher oder befürchten, dass dieses Engagement durch den Wegfall ihrer Angebote und Leistungen ebenfalls zurückgehen wird.

[Die detaillierten Umfrageergebnisse finden Sie hier](#)

Der Paritätische Brandenburg ist ein großer Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg. Er setzt sich öffentlich und wirkungsvoll für die Belange benachteiligter Menschen ein. Für Politik und Verwaltung ist der Paritätische Brandenburg auf kommunaler Ebene sowie im Land ein fachkompetenter, kritischer und anerkannter Partner.

Unter dem paritätischen Dach sind in Brandenburg über 310 eigenständige, gemeinnützige Organisationen mit mehr als 900 Einrichtungen zusammengeschlossen. Dazu gehören große überregionale Institutionen, kleinere und mittlere regionale Organisationen aber auch lokale Selbsthilfegruppen.